

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948 1947

26 (2.4.1947)



Lebensmittel oder Petroleum?

NEW YORK — „Die Wahrheit ist, daß Truman und seine republikanischen Berater sich weniger über den Lebensmittelbedarf des griechischen Volkes als über den Petroleumbedarf unserer Marine Gedanken machen“, erklärte der frühere Handelsminister Henry Wallace auf einer öffentlichen Versammlung, die von den „fortschrittlichen Bürgern Amerikas“ veranstaltet wurde. Wallace brachte in begeisterten Worten seine Anerkennung für die UNO zum Ausdruck, mit dem Wunsche, daß man ihr noch mehr Vertrauen schenkte. „Wir verlangen“, erklärte der Redner, „daß die Vereinten Nationen das Problem der Welt-sicherheit nicht mehr in seinen einzelnen Erscheinungsformen, sondern als ein unteilbares Ganzes betrachten sollen.“

Techniker-Austausch Deutschland-USA

WASHINGTON — Staats-, Kriegs- und Marine-departement haben bekanntgegeben, daß ein Programm für den Austausch von Technikern und Spezialisten zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, dessen Zweck die Umerziehung des deutschen Volkes zur Demokratie ist, ausgearbeitet wurde. Nach diesem Programm werden ausgewählte Sachverständige nach Deutschland abreisen. Andererseits werden zahlreiche „sorgfältig ausgewählte“ deutsche Spezialisten nach den Vereinigten Staaten eingeladen werden, um dort die Tätigkeit der kulturellen Einrichtungen Amerikas zu studieren. Der Aufenthalt dieser Deutschen in den Vereinigten Staaten wird ein Jahr dauern. Anschließend müssen sie wieder nach Deutschland zurückkehren.

Sozialdemokrat Georg Ledebour gestorben

BERN — Einer der bekanntesten Persönlichkeiten der deutschen sozialdemokratischen Partei seit der Jahrhundertwende bis zur Machtübernahme Hitlers, Georg Ledebour, ist im Alter von 97 Jahren in Bern gestorben. Im Jahre 1900 war er zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden.

Auch CDU in Entnazifizierungs-Ausschüssen

LÜBECK — In einem Streit über die Zusammensetzung der Entnazifizierungsausschüsse in Lübeck hat sich nun die Militärregierung eingeschaltet. Die Lübecker Bürgerschaft hatte kürzlich beschlossen, daß diese Ausschüsse nur von Vertretern der SPD und KPD gebildet werden sollten. Die Militärregierung hält es jedoch für erforderlich, daß neben SPD und KPD auch die Gewerkschaften und die CDU bei der Besetzung des Hauptausschusses und des Berufungsausschusses berücksichtigt werden.

Justiz im Angriff der Parteien

STUTTGART — Vor kurzem wurde in Mannheim, wie der Redaktionsvertreter des Badener Tagblatt meldet, der ehemalige Polizeihauptmann Böse zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Kurz vor dem Einrücken der Amerikaner in Mannheim hat er auf Grund der sogenannten Führerbefehle drei Mann erschossen lassen, die er im Keller eines Hauses mit einer weißen Fahne entdeckte. Dieses für zu milde befundene Urteil war Gegenstand einer Anfrage der kommunistischen Fraktion des Württembergisch-badischen Landtages. Justizminister Dr. Beyerle stellte sich jedoch hinter die formale Richtigkeit des Urteils und bestritt eine politische Beeinflussung des Gerichtes, dem auch keine Pflichtverletzung vorzuwerfen sei. Man müsse sich an das geschriebene Recht halten und dürfe nicht dem „gestunden Volksempfinden“ nachgeben, um einen Rückfall in die Methoden des Dritten Reiches zu vermeiden. Nach dem Buchstaben des Rechts sei der Tatbestand des Mordes nicht gegeben gewesen. Der sozialdemokratische Abg. Dr. Cahn-Garnier warf in seiner Entgegnung den Richtern vor, daß sie offenbar ihre Aufgabe nicht begriffen hätten, die darin bestünde, den Geist zu bekämpfen, der über die politischen Morde der zwanziger Jahre zum Dritten Reich geführt habe. Unter starkem Beifall schloß er mit der Frage, welchen Zweck es habe, den demokratischen Staat aufzubauen, wenn bereits eine der drei ihn stützenden unabhängigen Gewalten zu versagen schiene.

Internierte setzen 20000 Mk. Belohnung aus

REGENSBURG — Zum Attentat auf das Haus der Fürsorgestelle für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte in Nürnberg, stellten die Insassen des Internierungs- und Arbeitslagers Regensburg aus gesparten Arbeitslöhnen und kleinen Spenden den Betrag von 20 000 Mark für die Ergreifung der Täter zur Verfügung.

Englische Hilfe für die Türkei

LONDON — Die Türkei hat von Großbritannien seit Beendigung des Krieges mit Deutschland militärisches Ausrüstungsmaterial erhalten, zu dem Schiffe in einem Gesamtwert von 2 Millionen 96 000 Pfund Sterling gehörten, erklärte der englische Staatsminister Hector Mc Neil. Großbritannien lieferte der Türkei auch für 563 000 Pfund Sterling Material, Werkzeugmaschinen und U-Boot-Motore, sowie 400 Flugzeuge. Schließlich hat die englische Regierung noch eine gewisse Anzahl von Armee-, Marine- und Luftfahrtschwerstücken, in der Hauptsache als Instrukturen, nach der Türkei entsandt.

Jüdisches Einwanderungsschiff abgefangen

JERUSALEM — Einer amtlichen Verlautbarung zufolge wurde das Schiff „Molodeth“ mit illegalen Einwanderern an Bord vor der palästinensischen Küste abgefangen. Es befand sich in Seenot und funkte SOS-Rufe. Die Einheiten der britischen Flotte, die ihm zu Hilfe geeilt waren, nahmen 400 Einwanderer an Bord. Zum Zeichen des Protestes gegen die Deportierung der Einwanderer der „Molodeth“ schlossen die Cafés und andere öffentliche Lokale in den jüdischen Stadtvierteln Haifas bereits um 21.00 Uhr.

14000 Paar Seidenstrümpfe gehamstert

MÜNCHEN — Ein Hamsterlager mit 14 000 Paar Seidenstrümpfen, 500 Paar Kinderschuhen, 600 m Stoff, 2000 Schlipfern, 600 Unterhemden und 300 Kleidern wurde vom bayerischen Wirtschaftsamt in Koburg beschlagnahmt.

„Barmherziger Brotkorb“

BERLIN — In den evangelischen Kirchen Berlins wurden Schalen für die Aufnahme von Brotschnitten aufgestellt, die die Kirchengänger den Armen der Gemeinde spenden. Die Schalen des „barmherzigen Brotkorbes“, wie diese segensreiche Einrichtung in der Kanzelsprache genannt wird, werden jeweils am Montag an die Armen, Alten und Kranken der Gemeinde verteilt. (p.)

BADENER TAGBLATT



Erscheint mittwochs und samstags — Bezugspreis: Monatlich 1.20 RM, durch die Post 1.44 RM, durch Streifband 2 RM
Geschäftsstelle Büh/Bd.: Hauptstraße 80, Telefon 732

Anschrift: Baden-Baden, Steinenstraße 3 — Fernruf Verlag 13 86, Schriftleitung 21 29, Postcheck Karlsruhe 14 137
Geschäftsstelle Achem/Bd.: Hauptstraße 112

Nr. 26 / 3. JAHRGANG

BADEN-BADEN, MITTWOCH, DEN 2. APRIL 1947

PREIS 15 PFENNIG

Reparationsmaterial verkommt

Aufsehenerregende Enthüllungen über das interalliierte Reparationsbüro

MOSKAU — Als Einleitung zur Reparationsdiskussion hat der Präsident des interalliierten Reparationsbüros, Jaques Rueff, vor den Stellvertretern der vier Außenminister in Moskau ein bemerkenswertes Exposé über die deutsche Frage vorgetragen. Seine Ausführungen stellten eine endgültige Verurteilung der bisher angewandten Methode dar. Rueff wies nach, daß die aus der Ausrüstung entnommenen Reparationen nur lächerlich geringe Ergebnisse zeitigten. Das interalliierte Reparationsbüro hat zur Verteilung zwischen 18 Mächten insgesamt nur Material im Werte von 6 Milliarden Franken nach heutigem Kurs zur Verfügung gehabt. Die bedeutende Zuteilung, die Frankreich bis jetzt erhalten hat, bestand in dem Dampfer „Europa“, der in Le Havre das Opfer einer Sturmflut wurde. Bereits nach dem Versäulter Vertrag hatte Deutschland in zwei Jahren statt der geforderten 20 Milliarden nur 8 Milliarden Goldmark bezahlt! Und schon damals sprach man vom Bankrott der Reparationen. Rueff verlangte die Neubildung des Viererausschusses für die Reparationen als Organismus des Viererates und nicht mehr als ein Büro, welches vom interalliierten Kontrollrat und von den Militärbefehlshabern der vier Zonen abhängig ist.

Das interalliierte Reparationsbüro muß zwei bis fünf Monate warten, ehe es von den betreffenden Stellen auch nur eine Antwort bekommt, und fast zwei Jahre dauert es, eine Materialüberweisung durchzuführen.

Welches sind die tiefliegenden Gründe dieses Zustandes? Rueff, der nur von der technischen Seite dieses Problems ausgeht, machte nur eine Anspielung darauf, denn die Ursachen liegen auf politischem Gebiet. Sie haben folgendes Ergebnis:

Die Beschlüsse von Potsdam, die nur wertvoll werden konnten, wenn sie in sehr kurzen Fristen verwirklicht worden wären, sind nicht zur Durchführung gelangt. Jetzt ist es zu spät, sie wieder aufzunehmen. Das Material verrostet. Zum Teil ist es schon unbrauchbar geworden. Es hat seinen Wert für die zerstörten Länder eingebüßt, die auf dieses Material rechneten, um ihren Betrieb wieder in Gang zu bringen.

Man muß daher eine neue Lösung suchen, und deshalb stellt sich das Problem der Entnahme aus der laufenden Produktion mit aller Dringlichkeit. Jetzt wird es die Konferenz in Angriff nehmen müssen.

Militärbündnis-Antrag an die Sowjetunion

Ein neuer Plan Marshalls in Moskau als Verständigungs-Brücke

Moskau — Außenminister Marshall und die amerikanische Delegation arbeiten gegenwärtig an einem Plan zur Lösung der Reparationsfrage. Nach diesem Plan sind die USA, wie hierzu von zuständiger Stelle erklärt wird, im Prinzip bereit, die sowjetische Forderung auf Entnahme von Reparationen aus der laufenden deutschen Produktion anzuerkennen, wenn die Sowjetunion auf der Moskauer Konferenz des vorgeschlagenen Militärbündnisses, durch das Deutschland auf die Dauer von vierzig Jahren entwaffnet gehalten werden soll, mit den USA, Großbritannien und Frankreich unterzeichnet. Marshall erklärte weiter, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, einer Erhöhung der deutschen Stahlproduktion auf zehn Millionen Tonnen jährlich zuzustimmen, wovon in erster Linie die alliierten Besatzungskosten und in zweiter Linie die ausländischen Einfuhren nach Deutschland bezahlt werden müßten. Der amerikanische Plan wird voraussichtlich in dieser Woche durch Außenminister Marshall Generalissimus Stalin vorgelegt werden.

Reparationen gleichbedeutend wie Kohle

Auf der Suche nach einer Verständigungsbasis in Moskau

MOSKAU — Die letzte dem Militärbündnis-Antrag Marshalls vorausgegangene Debatte auf der Konferenz der vier Außenminister, die dem Bericht des Koordinierungsausschusses gewidmet war, ergab kaum neue Elemente. Die von jedem der Beteiligten bereits eingenommene Haltung gegenüber den Hauptfragen blieb dieselbe, und es war kaum eine Verringerung der Zahl der strittigen Punkte zu bemerken.

General Marshall verliert allmählich die Geduld. Er hat verlangt, und auch erreicht, daß man sich über die Hauptfrage auseinandersetze, ohne sich in Einzelheiten zu verlieren. Wenn man vom Vertrag mit Österreich absieht, was bleibt dann an beherrschenden Problemen?

Für die Angelsachsen handelt es sich zunächst um die wirtschaftliche Einheit der vier Zonen, dann um die Steigerung des Niveaus der deutschen Industrie und schließlich um die Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung. Sie wollen in Deutschland wieder Ordnung herstellen und nicht mehr ihre Pfund Sterling und Dollars ausgeben, um die Deutschen zu unterhalten.

Für die Franzosen sind diese drei Fragen genau so wichtig, wie die der Ruhrkohle. Die Kohlenfrage aber ist mit dem Reparationsproblem verknüpft, denn um einen Ausdruck Leon Blums in

einem seiner jüngsten Leitartikel zu bringen, der hier außerordentlich starken Eindruck gemacht hat, für Frankreich sind Reparationen gleichbedeutend wie Kohle.

Was schließlich die Russen betrifft, so stehen sie zwar allen diesen Fragen nicht gleichgültig gegenüber, aber das Schwerkraft ihrer Aufmerksamkeit bleibt doch dem Reparationsproblem zugewandt. Ihre Haltung wird von der Lösung abhängen, die das Reparationsproblem erfährt. Hat doch Molotow erklärt, daß die Stellungnahme der russischen Delegation sogar hinsichtlich des deutschen Eigentums in Österreich sich ändern könnte, falls die Sowjetunion in Bezug auf die Reparationsfrage im allgemeinen Befriedigung erlangt. Für die Russen heißt es also: Zunächst Reparationen!

General Marshall hat sich damit einverstanden erklärt, die Frage der Reparationen gemeinsam mit der der deutschen Wirtschaftseinheit zu diskutieren.

Infolgedessen hat die Konferenz ihre Tagesordnung für die nächsten Sitzungen folgendermaßen festgesetzt: 1. Wirtschaftliche Vereinheitlichung der vier Zonen und Reparationsfrage (auf russisches Verlangen wurde auch noch die industrielle Entmilitarisierung hinzugefügt). 2. Steigerung des deutschen Industrienniveaus. 3. Vorläufige deutsche Regierung.

„Das wäre das Ende . . .“

BADEN-BADEN — Die Presse der Vereinigten Staaten behandelt in breiter Form gegenwärtig die Eventualität eines Atombombenkrieges. Einzelne Blätter lassen durch Fachleute sogar die Möglichkeit eines Atombombenangriffes auf die USA eröffnen. Dabei fehlt es auch nicht an versteckten Drohungen, wie der, „ein Atombombenangriff auf die Vereinigten Staaten würde auch für den Angreifer den Tod bedeuten.“

Einer der populärsten Fachleute in den Vereinigten Staaten, Dr. Stafford Warren, der als ein leitender Wissenschaftler bei den Atombombenversuchen auf Bikini tätig ist, sprach jetzt vor kalifornischen Medizinstudenten und erklärte etwa folgendes:

Ein allgemeiner Atombombenkrieg würde den gesamten Luftraum mit radioaktiven Teilchen durchsetzen, die auch in Gebäude und Wasserversorgungsanlagen eindringen und diese sowie sämtliche Ernteverräte vergiften würden. Nahrungsmittel und Wasser wären für den Gebrauch ungenießbar. Personen, die davon genießen, würden durch die Zersetzung ihrer Blutkörperchen dem Tode verfallen sein. Auch bestünde die Gefahr, daß die Menschheit infolge erlittener Sterilität durch radioaktive Einwirkungen bei Atombombenexplosionen aussterben müßte.

Die radio-aktiven Teilchen von der ersten Atombomben-Explosion in Neumexiko seien heute noch im Luftraum über diesem Gebiet feststellbar. Auch die von Bikini zurückkehrenden Schiffe seien jetzt noch radioaktiv.

DÜSSELDORF — Gegenwärtig bereitet der Schriftsteller Dr. Heinz Waterboer mit einer Reihe namhafter Wissenschaftler die erste deutsche Expedition nach dem Kriege vor. Das Ziel der Expedition sind die bisher noch unerforschten Gebiete der westafrikanischen Negerrepublik Liberia. Schweizer Verlage und eine Schweizer Bank haben vorläufig für die Dauer eines Jahres die Finanzierung übernommen. Gleichzeitig hat das Naturhistorische Museum Newyork einen größeren Geldbetrag zur Verfügung gestellt.

Konzentrische Luftangriffe auf Partisanen

Erbitterte Kämpfe in Griechenland / Blockade über die thessalische Küste

ATHEN — Der liberalen griechischen Zeitung „Vima“ zufolge, ist die Schlacht, die um die Berge von Vardussia wüthet, außerordentlich erbittert. Am 28. März wurden 60 Leichen gefallener Partisanen beerdigt und am nächsten Morgen nochmals 43. Unter ihnen befanden sich 6 Anführer.

Die Haupttruppe der Partisanen ist eingekreist und mußte sich auf den Gebirgskamm zurückziehen. Bei Mangel an Wasser und Lebensmitteln sind die Partisanen den konzentrischen Angriffen der Luftwaffe ausgesetzt.

In Mazedonien haben die Partisanen bei Florina Aktivität entwickelt, sind jedoch von der Armee der Gendarmerie zurückgedrängt worden. Im Lauf eines Kampfes, den die Partisanen in der Nähe von Yanizda mit der Armee führten, fand ihr Chef Theodor Doitsinis den Tod.

8 Einwohner des Dorfes Skala in Lakonien sind

am 27. März von Unbekannten verschleppt worden. Ihre Leichen wurden, wie ein Kommuniqué des Ministeriums für öffentliche Ordnung und Sicherheit bekannt gibt, am folgenden Tag in den Fluten des Eurotas aufgefunden. Der Presse zufolge handelt es sich dabei um Kommunisten, die zur Verzeigerung für den Tod von Katsareas von reaktionären Elementen hingerichtet wurden. Die Zahl der Opfer soll jedoch höher sein, als in dem Kommuniqué angegeben.

Das Marinekommando der nördlichen Ägäis verhängte die Blockade über die gesamte thessalische Küste, von Lichoche bis Trikeri, dem äußersten Punkt des Küstenvorsprungs, der den Golf von Volo bildet. Ab 1. April wird jedes Schiff, das die Blockade zu durchbrechen versucht, ohne vorherige Warnung versenkt werden.

Unruhen in Italien / Arbeitslosigkeit und hohe Lebenshaltungskosten

ROM — Die politische Lage in Italien wird von Tag zu Tag verwirrt. Die Zwischenfälle und die Gewaltakte häufen sich, während ein Wiederaufleben der durch die Arbeitslosigkeit und die beständige Verteuerung der Lebenshaltungskosten hervorgerufenen Unruhen zu verzeichnen ist. In der Provinz fanden wieder blutige Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern statt, vor allem in Gicla del Colle bei Bari. Das Arbeitsvermittlungsbüro wurde in Brand gesteckt und der unmaßmäßige Täter von der Menge gelyncht. Mehrere 100 Personen verurteilten das Parteibüro der christlichen Demokraten und das Gebäude der Bewegung faschistischer Tendenz angesehen wird. In Nord-, Mittel- und Süditalien folgen Streiks auf Streiks. In den großen Industriewerken von Turin drohen die Arbeiter mit Arbeitseinstellung,

wenn man nicht raschestens eine Heraufsetzung ihrer Löhne vornimmt. Auch bei der Belegschaft der Automobilwerke Fiat und Lancia wächst die Unzufriedenheit. Bei Fiat stellten die Arbeiter einen halben Tag lang die Arbeit ein und stürmten die Birce der Fabrikleitung. Bei den Eisenbahnern macht sich ebenfalls eine Unruhe bemerkbar. Auch in der Justizverwaltung sind gewisse Dienststellen in der Streik getreten. Überall im Lande ist die Tätigkeit der Gewerkschaften im Anwachsen begriffen.

Im Bezug auf das Finanzwesen und die Wirtschaft ist der Horizont nicht weniger düster. Die Angst vor einer Geldentwertung lähmt das geschäftliche Leben.

Die Regierung schickt sich auf finanziellen und wirtschaftlichem Gebiet zum Eingreifen an.

„Laßt unsere Kinder nicht hungern!“

Massendemonstrationen in der britischen Zone

DÜSSELDORF — Im Ruhrgebiet u. Rheinland kam es zu Demonstrationen wegen der Lebensmittelknappheit.

In Düsseldorf fand eine Massenversammlung von etwa achttausend Menschen statt. Das öffentliche Verkehrsleben kam zum Stillstand. Die Fabriken und Geschäfte waren geschlossen, weil die Gewerkschaften zu einem eintägigen Proteststreik aufgerufen hatten. Ebenfalls begannen Straßendemonstrationen der Arbeiter, Hausfrauen und Kinder. Es hatten sich ca. hunderttausend Menschen in der Altstadt angesammelt. Viele Demonstranten trugen Plakate mit der Aufschrift: „Kein Essen! keine Arbeit!“ und „Laßt unsere Kinder nicht hungern!“.

Eine Delegation von Düsseldorf-Gewerkschaften überreichte nach der Demonstration der Betriebsbelegschaften dem Düsseldorf-Oberbürgermeister Arnold eine Entschließung der Düsseldorf-Gewerkschaften. Nach ihr habe die verkündete Brotkürzung alarmierend gewirkt. Die Rheinmetallwerke werden in der nächsten Woche nicht mehr

arbeiten, wenn nicht sofort geholfen würde. Die Delegation wandte sich ferner gegen die Demonstration von sieben bis acht Düsseldorf-Werken. Weiter wurde die Bewilligung von Zusatzkarten für Angestellte gefordert.

Oberbürgermeister Arnold erklärte sich mit den Wünschen der Gewerkschaften einverstanden und begab sich mit der Gewerkschaftsdelegation zum Stadtkommandanten von Düsseldorf.

In den mehr als zweistündigen Besprechungen versicherten die britischen Offiziere, daß ein Teil der in Hamburg und Bremen ankommenden Schiffe, deren Lieferungen für andere Länder bestimmt waren, in die britische Zone umgeleitet werden, damit es möglich sei, die nächsten vier Wochen in Nordrhein-Westfalen durchzustehen.

In Köln protestierten eintausendfünfhundert Frauen wegen eines Ausfalles in der Brotzuteilung. In Aachen überreichten die Wortführer einer aus etwa viertausend Personen bestehenden Demonstration der Militärregierung eine Bittschrift.

Geteilte Meinung über Landtagswahlen

Demokraten dagegen, Sozialdemokraten und Kommunisten nicht einverstanden

BADEN-BADEN — Hauptgegenstand in der letzten Sitzung der Beratenden Landesversammlung war die Erörterung des Entwurfs einer Landesverfassung über die Landtags-, Kreis- und Gemeindevahlen, sowie den Volksentscheid über die Verfassung.

Der Rechtspflege- und Verfassungsausschuß brachte einstimmig zum Ausdruck, daß die Schaffung eines Landtagswahlgesetzes erst nach Verabschiedung einer Verfassung möglich ist. Dieser Entwurf soll nur für die kommenden Landtagswahlen und den Volksentscheid über die Verfassung seine Gültigkeit haben. Eine wesentliche Änderung des Entwurfs wurde durch den Ausschuß nur in Paragraph 8 vorgeschlagen, der bekanntlich für je 10 000 Stimmen einen Sitz vorsah. Paragraph 8 sollte laut dieses Vorschlags ganz gestrichen werden. Dafür wurde die Bestimmung eingesetzt, daß die Zahl der Mitglieder des neuen Landtags 60 beträgt. Die Verteilung der 60 Sitze erfolgt durch einen errechneten Wahlkoeffizienten. Auf Grund dieser Änderung mußte auch der Paragraph 29 wegfallen, wonach ein Sitz nicht zugeteilt wird, sobald weniger als fünf Prozent der abgegebenen Gesamtstimmen auf die Wahlvorschläge der gleichen Partei im Lande fallen. Die vom Rechtspflege- und Verfassungsausschuß vorgeschlagene Änderung des Entwurfs wurde mit 32 Stimmen der BCSV gegen sieben Stimmen der Demokraten angenommen. Die Sozialdemokraten und Kommunisten enthielten sich mit 11 Stimmen dem Antrag.

Ein Antrag der Sozialdemokratischen Partei, an Stelle der 12 vorgesehenen Wahlkreise nur einen Wahlkreis für das ganze Land zu bilden, wurde damit begründet, daß der Wähler nicht eine bestimmte Einzelperson wählen, sondern einen politischen Grundsatz vertreten soll. Dieser Antrag wurde aber mit 32 Stimmen der BCSV gegen 18 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt.

Die Demokratische Partei beantragte,

statt der 12 Wahlkreise nur sechs Wahlkreise in Südbaden zu bilden. Dadurch wäre es den kleineren Parteien möglich, ihre Abgeordneten in den einzelnen Kreisen selbst durchzubringen. Mit 32 Stimmen der BCSV gegen 18 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde auch dieser Antrag abgelehnt.

Das Landtags-Wahlgesetz

In drei Abschnitten und 49 Paragraphen gliedert sich das neue Landtagswahlgesetz. Abschnitt I erläutert das Verfahren der Wahlen zum Landtag, Abschnitt II die Wahlen zu den Kreisversammlungen und Gemeinderäten, Abschnitt III die Volksabstimmungen.

Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen, die das 21. Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz mindestens ein Jahr in Baden haben. Jeder der das 25. Lebensjahr am Wahltag vollendet hat und an der Ausübung des Wahlrechts nicht gehindert ist, ist wahlbar. Südbaden wird in 12 Wahlkreise eingeteilt, von denen jeder zum Teil zwei Landkreise umfaßt. Der Landesauschuß wird vom Landeswahlleiter und je einem Vertreter der vier Parteien gebildet. Ein vom Landeswahlleiter ernannter Landrat wird als Kreiswahlleiter für jeden Landkreis eingesetzt. Der Wahlkreis soll nicht mehr als 25 000 Einwohner umfassen.

Nur für einen Bewerber kann der Wahlberechtigte seine Stimme abgeben, der für den betreffenden Wahlkreis als Kandidat aufgestellt ist. Durch ein auf dem Stimmzettel einzutragendes Kreuz hat der Wahlberechtigte kenntlich zu machen, welchem Kreisvorschlag er seine Stimme geben will. Die gleichen Vorschriften des Wahlgesetzes finden auch für die Volksabstimmungen Anwendung. Von der Landesregierung ist die vorzulegende Frage so zu formulieren, daß sie mit ja oder nein beantwortet werden kann. Sind mehrere Fragen zu beantworten, ist für jede ein besonderer Stimmzettel auszufüllen.

Nur für einen Bewerber kann der Wahlberechtigte seine Stimme abgeben, der für den betreffenden Wahlkreis als Kandidat aufgestellt ist. Durch ein auf dem Stimmzettel einzutragendes Kreuz hat der Wahlberechtigte kenntlich zu machen, welchem Kreisvorschlag er seine Stimme geben will. Die gleichen Vorschriften des Wahlgesetzes finden auch für die Volksabstimmungen Anwendung. Von der Landesregierung ist die vorzulegende Frage so zu formulieren, daß sie mit ja oder nein beantwortet werden kann. Sind mehrere Fragen zu beantworten, ist für jede ein besonderer Stimmzettel auszufüllen.

Herr Scotland saß im OKW

Ein englischer Agent in deutscher Uniform

Die schwedischen Zeitungen schilderten bei ihrer Berichterstattung über den zur Zeit in Venedig stattfindenden Kesselringprozeß in außerordentlich anschaulicher Weise, wie vor den Schranken des Gerichtes zum größten Erstaunen des früheren Feldmarschalls ein Mann mittleren Alters mit kurzgeschrittenem Haar und großer Brille erschien. Dieser Zeuge — ein vollendeter Piefketyp — nannte seine Personellen, leistete den Zeugnissen und sagte so markant und eindringlich aus, daß man während seiner zweistündigen Aussagen das Piepsen einer Maus im Gerichtssaal hätte hören können. Und ehe sich der Angeklagte, sein Verteidiger, die Zuschauer, ja sogar das Gericht von ihrer Überraschung erholen konnten, war Herr Piefke, einer Fata Morgana gleich, schon nicht mehr im Zeugensitz zu sehen. Der Vorsitzende verkündete lediglich: „Nach den Aussagen des Zeugen Alexander Patterson Scotland schließe ich die heutige Verhandlung.“

1916 im deutschen Generalstab

Wer ist nun dieser Alexander Patterson Scotland? Scotland, ein Neffe des berühmten englischen Dichters Bernard Shaws, ein Oberstleutnant im englischen Heer und einer der erfolgreichsten Spione des englischen Geheimdienstes, der seinem Lande in zwei Weltkriegen unschätzbare Dienste geleistet hat. Sein Leben ist eine Kette von Abenteuerromanen, von denen die meisten der breiten Öffentlichkeit unbekannt sind und es wohl auch bleiben werden. Das eigenartigste an der Karriere dieses heute achtundfünfzigjährigen ist die Tatsache, daß er seine Laufbahn unter Kaiser Wilhelm II. im deutschen Heer begann. Scotland meldete sich mit siebzehn Jahren als Freiwilliger, wurde auch tatsächlich in Deutschland angenommen und diente zuletzt in Deutsch-Südwest-Afrika, wo er als ge-

bürtiger Engländer 1914 interniert wurde. Im Internierungslager, das in einem Fort untergebracht war, gelang es Scotland, sich mit dem deutschen Kommandanten anzufreunden und einen solchen Einfluß auf ihn zu gewinnen, daß er ihn zur Übergabe des Forts an General Botha bewegen konnte. So gelangte er mitten im Kriege nach England, trat in London in den Secret Service (Geheimdienst) ein und wurde 1916 als englischer Agent über Deutschland abgesetzt. Schon nach kurzer Zeit fand er erneut Aufnahme im deutschen Heer. Er wurde auf Grund seiner Fähigkeit rasch befördert und kam schließlich in den deutschen Generalstab, wo er in mehreren Geheimabteilungen tätig war. Nach Ausbruch der Revolution in Berlin verließ er Deutschland und kehrte nach England zurück.

1939 in Berlin am Tirpitzufer

In den Jahren zwischen den beiden Kriegen arbeitete Scotland als Direktor der Liebig-Fleischextrakt-Fabrik in Argentinien. Nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges reist dieser mit einem unbegrenzten Willen besetzte Mann auf dem schnellsten Wege nach Deutschland und zieht diesmal in das Oberkommando der Wehrmacht am Berliner Tirpitz-Ufer ein. Fünf Jahre ist Scotland hier in allen möglichen Abteilungen tätig. Er erhält von zahlreichen politischen und militärischen Vorgängen Kenntnis, und London wird ununterbrochen unter Verwendung aller zur erdenklichen Nachrichtenmittel auf dem laufenden gehalten. Zum Eisernen Kreuz des ersten Weltkrieges gesellen sich immer neue nationalsozialistische Orden, die ein fast komisch anmutendes Zeugnis von der Blindheit ablegen, mit der ausgerechnet das OKW geschlagen war. Zum Geburtstag Hitlers wird Scotland noch 1945 zum Major befördert.

(Frankfurter Neue Presse)

Meldungen vom Tage

BERLIN — Die Interalliierte Kommandantur in Berlin hat das Telegramm des Magistrats und die Briefe des Magistrats und des FDGB, die wegen der Demonstration der Borsig-Werke an die Außenministerkonferenz in Moskau gerichtet war, aufgehoben. Telegramme und Briefe wurden dem Magistrat zurückgereicht mit dem Bemerkung, daß dieser sich über den Instanzenweg zu äußern habe. Die Angelegenheit des Protestes des Magistrats und des FDGB wurde dem Kontrollrat überwiesen.

BERLIN — Die Entnazifizierungskommission für Kunstschaffende hat dem Antrag auf Entnazifizierung der bekannten Schauspielerin Berta Drews, der Gattin des kürzlich in einem Lager verstorbenen ehemaligen Generalintendanten, Heinrich George, stattgegeben. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Antragstellerin nicht als Nutznießerin des Naziregimes bezeichnet werden kann.

POTSDAM — Ein Betrag von einer Million Mark ist in der Mark Brandenburg für die ersten Hilfsmaßnahmen in dem vom Hochwasser geschädigten Gebieten bereitgestellt worden.

POTSDAM — Etwa 8 000 Menschen sind im Oderbruch vom Hochwasser eingeschlossen. Die Brücke bei Alt-Ranft, über die die Flüchtlingstransporte aus dem Hochwassergebiet rollen, ist von den Fluten weggespült worden.

DRESDEN — Es ist gelungen, große Schiebung in Chemnitz, Leipzig, Bautzen, Stöbisch und Reichenbach aufzudecken, meldet die „Sächsische Zeitung“. In Chemnitz wurde u. a. Morphium im Werte von 35 000 RM beschlagnahmt. In Reichenbach handelte es sich um 31 000 Meter Stoffe und 12 000 kg Garn, die verschoben werden sollten, in Bautzen um große Mengen Ölfrüchte.

MÜNCHEN — Hans Fritzsche wurde aus dem Internierungslager Regensburg in das Nürnberger Gerichtsgefängnis überführt, um als Zeuge gegen den früheren Reichspropagandenchef Dr. Otto Dietrich und mehrere ehemalige Leiter des Propagandaministeriums auszusagen.

WIEN — 400 000 verschiedene Personen sollen aus Österreich nach Deutschland zurückgeschickt werden. Es handelt sich um die Rückkehr deutscher Personen nach Deutschland, die nach dem 30. März 1938 nach Österreich kamen, sowie um alle Nationalsozialisten und Sudetendeutschen.

MOSKAU — Die Agentur Tass meldet aus Warschau, daß der stellvertretende Landesverteidigungsminister, Generaloberst Karl Smerczewski, in unmittelbarer Nähe der Stadt Sankt von ukrainischen Faschisten ermordet worden ist.

JERUSALEM — In der Christ-Geburtskirche in Bethlehem wurde ein Einbruchdiebstahl verübt. Die Diebstahlsgegenstände sind einer gewissen Anzahl Juwelen wert noch nicht abgeschätzt werden konnte.

Ferienreisen für europäische Arbeiter / Frankreich ist bahnbrechend

K. BADEN-BADEN — Der Krieg hat der europäischen Arbeiterschaft eine fundamentale Erkenntnis nahegebracht, nämlich die, daß es für die Arbeiter aller Länder nützlich und dem Frieden dienlich ist, sich näher als bisher kennen zu lernen. Es genügt nicht, wenn die Arbeiterführer sich periodisch treffen und aussprechen. Die Arbeiter selber müssen die Möglichkeit haben, sich gegenseitig zu besuchen und die Lebensverhältnisse in anderen Ländern kennen zu lernen.

Es sind zu diesem Zweck nach dem Krieg in vielen Ländern Europas Arbeiter-Vereinigungen gebildet worden, die sich die Aufgabe gestellt haben, Arbeiter-Ferien-Reisen in fremde Länder zu veranstalten. In England ist die „Workers Travel Organisation“ entstanden, in Frankreich die „Tourisme et Travail“, in Belgien die „Vacances et Santé“, in Holland die „Reesvereniging“, in den drei skandinavischen Ländern die „Nordisk-Volke-Reise“, in der Schweiz die „Populärliste“, in Rumänien die „Sport et Tourisme“.

Die Vereinigungen stehen im Begriff, gegenseitige Reiseabkommen zu schließen, von denen bereits sechs zustande gekommen sind. So

erwartet die französische Vereinigung „Tourisme et Travail“ mehr als 3 000 belgische Arbeiter, die der „Vacances et Santé“ angehören. Die französische Vereinigung hat bisher 30 Rundreisen für den Sommer zusammengestellt, die sich über eine und zwei Wochen erstrecken, und Besuche in der Bretagne, den Brückenköpfen in der Normandie, in Elsaß-Lothringen, Savoyen und an der Riviera umfassen. Die Kosten dieser Ferienreisen sind sehr niedrig gehalten, sie belaufen sich durchschnittlich auf 6 000 Frs. die Woche, gegenüber einem Mindestlohn von 7 000 Frs., den die französische Zentralgewerkschaft jetzt bei ihrer Regierung durchgesetzt hat. Verhandlungen der Arbeiterreisen auch auf Mitteleuropa und die Balkanstaaten an.

Aus den USA werden in diesem Sommer 50 Amerikaner erwartet, die der „World Study Tours“ angehören; es handelt sich in diesem Fall um eine Reisevereinigung von Intellektuellen; doch hofft man, daß der Besuch dazu führen wird, daß im Sommer 1948 auch die ersten Arbeiter-Austausch-Reisen in den Vereinigten Staaten organisiert werden können.

Weitere Fischfanggründe für Deutschland

Eine sehr erfreuliche Nachricht

HAMBURG. Die 50 Mellengrenze vor der norwegischen Küste sowie einige andere Fanggebiete, die bisher für die deutsche Hochseefischerei gesperrt waren, sind, wie die Hauptstelle für Fischwirtschaft in Hamburg mitteilt, für deutsche Fischdampfer wieder frei gegeben worden. Lediglich der „Rosengarten“ bei Island und ein 50-Mellen-Gürtel nördlich des Nordkaps bleiben weiterhin für die deutsche Hochseefischerei gesperrt.

Danach können alle Gebiete nördlich des 61. Breitengrads bis zur Grenze der norwegischen Hoheitsgewässer, die Norwegen im Gegensatz zur üblichen Drei-Mellengrenze auf 4 Seemeilen ausgedehnt hat, von deutschen Fischdampfern abgefischt werden. Ebenso ist die Lofotenbank für den deutschen Fischfang wieder offen.

Wieder Kohle für Fischdampfer

jo. HAMBURG. Der Hamburger Fischdampferflotte wurde jetzt eine Kohlenlieferung von 5 000 t Kohle zugesagt. 500 t sind bereits eingetroffen und zwei Dampfer in See gegangen. Seit Anfang Dezember 1946 liegt fast die gesamte Hamburger Fischdampferflotte von über 30 Dampfern wegen Kohlenmangels still. Von Island trat jetzt ein Dampfer mit einem Rekordfang von 4 000 Körben Seelachs und Kabeljau und 4 000 Liter Tran ein. Es wird höchste Zeit, daß unsere Fischdampfer vor dem Abklingen der Islandsaison noch etwas davon profitieren.

Weltagrarpolitik und Ernährungsnot

MÜNCHEN — In der amerikanischen Öffentlichkeit werden die Bemühungen, für die in ein oder zwei Jahren zu erwartenden Überschüsse der US-Landwirtschaft sich die erforderlichen Absatzmärkte im Ausland schon jetzt zu sichern, lebhaft erörtert. Dieses Problem stellt kein rein landwirtschaftliches, inneramerikanisches Problem dar. Vielmehr ist die Lösung dieser besonders wichtigen Frage, wie auch der US-Landwirtschaftsminister Anderson betont hat, aufs engste mit der Aufrechterhaltung einer hohen Industrie-Produktion und eine Ausweitung des amerikanischen Außenhandels verknüpft, um die bei der Preisbildung der Farm-erzeugnisse zu erwartenden Schwierigkeiten meistern zu können.

Ohne die amerikanische Nahrungshilfe wären, die ausgesprochenen Notstandsgebiete in Mittel- und Südosteuropa sowie in anderen Teilen der Welt einem anarchischen Zustand preisgegeben. Schon aus diesem Grund muß eine hohe landwirtschaftliche Erzeugung in den Vereinigten Staaten beibehalten werden.

Die seit Kriegsausbruch beschleunigte Mechanisierung der US-Landwirtschaft in Verbindung mit revolutionierenden technischen und wissenschaftlichen Erfindungen hat die Nahrungsmittelherzeugung um mehr als ein Drittel ansteigen lassen. Auch jetzt ist diese Entwicklung im weiteren Fortschreiten begriffen, ohne daß ein Ende des Rationalisierungs- und Mechanisierungsprozesses in den sich daraus ergebenden höheren Leistungen abzusehen wäre.

In den der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) nächstgelegenen Kreisen weist man darauf hin, daß eine Wiederholung der Weltdepressionen, wie sie nach dem ersten Weltkrieg zu verzeichnen war, am ersten durch die Schaffung neuer Märkte verhindert werden kann. Die Empfehlungen zur Eindämmung künftiger Krisen sind in erster Linie darauf gerichtet, die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt zu stabilisieren, damit die Farmer, ohne heftige Preisschwankungen befürchten zu müssen, ihren Anbau in dem geplanten Umfang auch weiter durchführen können.

Italien liefert für die französische Zone

PARIS — Nach dem neuen Handelsabkommen, das noch ratifiziert werden muß, wird Italien nach der französischen Zone Rohstoffe exportieren: Schwefel, Talk, Ferrosilicium und Fertigwaren wie Glühbirnen und Handgarn. Die französische Zone wird nach Italien chemische Produkte, landwirtschaftliche Geräte, feuerfeste Tonwaren und Maschinen liefern. Dieser Handelsaustausch soll auf der Grundlage strikter Kompensation durchgeführt werden. Die Verrechnung erfolgt in Dollars.

Interzonenaustausch beliebt

BERLIN — Für 85,2 Millionen Mk. hat die Ostzone 1946 an die Westzonen geliefert. Die Gegenlieferungen aus den Westzonen betragen 84 Millionen, 33 vH der Importe und 40 vH der Exporte der Ostzone bestanden aus Brennstoffen. Außer Kohle wurden von den Westzonen vorwiegend Eisen, Stahl und chemische Erzeugnisse geliefert. Dagegen führte die Ostzone vor allem Baustoffe, keramische Waren, Glas, Zellstoff, Papier, Holzwaren und Chemikalien aus. Bei Nahrungs- und Genußmitteln und Holz sind die Exporte der Ostzone größer als ihre Importe. Den Viehlieferungen aus den Westzonen stehen Ausfuhr an Zucker, Getreide, Kartoffeln, Sämereien, Gruben- und Brennholz der Sowjetzone gegenüber.

Aus der Industrie-Arbeit

Massenklage gegen Borsig

BERLIN — Eine Massenklage gegen die Firma Borsig wegen Entlassung von Arbeitern wurde auf einer Protestkundgebung der Belegschaft beschlossen. Die Kundgebung richtete sich gegen die Demonstrationen und war vom FDGB veranlaßt worden. Den Betriebsangehörigen von Borsig wurden zwei vom FDGB formulierte Klageschriften vorgelegt. Einmal wollen die zum 1. April gekündigten Arbeiter die Firma Borsig persönlich beim Arbeitsgericht verklagen, zum andern will sich der FDGB autorisieren lassen, eine Gesamtklage zu führen. In der Klageschrift heißt es, die Borsigwerke seien in ihrer heugigen Beschaffenheit das wirtschaftliche Produkt der Aufbauleistung der Belegschaft. Die Entlassung bedeute wegen der aktiven

Beteiligung eines jeden Belegschaftsmitglieds am Wiederaufbau des Werks einen Verstoß gegen Treu und Glauben nach § 157 BGB.

Zeiß-Werke arbeiten wieder

BERLIN — Die Zeißwerke in Jena haben mit dem Aufbau einer neuen Produktion begonnen. Es sollen vorerst Foto-Objektive, Brillengläser und Meßgeräte für den Eigenbedarf hergestellt werden. Mehr als 1000 Maschinen, von denen der größte Teil betriebsfähig ist, und 20 000 qm mit den notwendigen Einrichtungen sind dem Werk nach der Demontage auf Grund eines Befehls von Marschall Sokolowski verblieben. Das Werk verfügt über genügend Rohstoffe, um die Fortführung der Produktion sicher zu stellen, bis das Glaswerk Schott und Gen. den vollen Bedarf des Zeiß-Werkes an Gläsern aller Art decken kann. Gegenwärtig werden in den Zeiß-Werken 4 000 Arbeiter beschäftigt. Die Werke sind der Zeiß-Stiftung als Eigentum zurückgegeben worden.

Verband der Elektrizitätswerke Württemberg-Hohenzollern

BIBERACH/RISS — In dem neugegründeten Verband Württembergisch-hohenzollerischer Elektrizitätswerke sind alle Elektrizitäts-Versorgungs-Unternehmen freiwillig zusammen geschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Generaldirektor Dipl.-Ing. F. Rung, Vorsitzender des Verbands der Energieversorgungs-Schwarz AG Biberach, gewählt. Stellvertreter ist Dr. Fritz Haux, Ebingen.

Bauarbeiter fordern angemessene Löhne

BIELEFELD — Besserung der Lohnverhältnisse oder Rückkehr zu den Löhnen von 1939 im Baubereich wird hier auf der Verbandstagung der Industrie- und Bauarbeiter „Bau“ gefordert, an der Vertreter von 137 500 Bauarbeitern der britischen Zone teilnahmen. Es wurde beschlossen, sobald wie möglich eine Interzonenkongress einzuberufen, um eine Vierzonenorganisation für das Baugewerbe zu gründen.

Streik bei Bosch beendet

STUTTGART — Der Betriebsrats-Vorsitzende der Robert Bosch GmbH forderte nach kurzem Streik die Belegschaft auf in „disziplinierter Weise an die Arbeit zurückzukehren“, nachdem von amtlicher Seite den Arbeitern auch bei 45-stündiger Arbeitszeit die Zulagekarte zugesichert worden ist.

Zur Demontage Nürnberger Betriebe

NÜRNBERG — Wie Stadtrat Karl Schoenleben im Stadtrat erklärte, sind die Dynamit AG, Noris-Zündlicht AG sowie Frühwald und Jäger als Kriegsrüstungsbetriebe bewertet, deren Demontage feststeht. Für Noris-Zündlicht bezeichnete Schoenleben die Entscheidung als nicht verständlich, weil es sich um einen ausgesprochenen Friedensproduktionsbetrieb handle. Auf der Liste der Reparationsbetriebe stünden weitere 14 Betriebe in Nürnberg, darunter das Metallwerk Dicht, die Kabel- und Metallwerke Reumeyer, das VDM-Halbzeugwerk, die Faun-Werke, die Zündapp-Werke und die Amag-Hilpert-Pegnitzhütte. Der Stadtrat beschloß einstimmig, der Resolution des bayerischen Staatsvertrags an die bayerische Staatsregierung zuzustimmen, in der der bayerische Ministerpräsident gebeten wird, alles zu unternehmen, um die Demontage in Bayern auf ein wirtschaftlich und sozial tragbares Maß herabzusetzen. Die amerikanische Militärregierung solle gebeten werden, nur diejenigen Betriebe zu demontieren, die seiner Zeit ausdrücklich für Rüstungszwecke gebaut worden sind.

Wiederrückkehr der Kohlenausfuhr

Höhere Ausfuhrpreise

bs. DUISBURG — Die seit Oktober um 150 000 t und ab Dezember um 350 000 t monatlich herabgesetzte Kohlenausfuhr wird, wie schon gemeldet, ab April um 50 000 t und ab Mai um 200 000 t gegenüber den gegenwärtigen Ausfuhrmengen wieder erhöht werden. Im 2. Quartal 1947 sollen 2,25 Mill. t Kohlen einschl. 227 500 t Braunkohlenbriketts ausgeführt werden, dazu kommen noch Lieferungen nach Österreich. Im vergangenen Jahr gingen 10 Mill. t Steinkohlen und Koks sowie 1,9 Mill. t Braunkohlenbriketts ins Ausland. Bei Steinkohle belief sich der Anteil der Ausfuhr an den für den Absatz verfügbaren Kohlenmengen auf 24,6 vH, bei Braunkohlenbriketts auf 18,8 vH. Die Kohlenpreise, die bisher im Durchschnitt etwa 43 Schilling je t betragen, wurden ab 1. Januar 1947 zwecks Anpassung an das Auslandspreisniveau um 5 Schilling je t erhöht.

Wirtschaft in Kürze

USA-Kartoffeln für die französische Zone

Nach Mitteilung der Landesdirektion für Landwirtschaft und Ernährung sind zum Verbrauch in der französischen Zone 67 000 t Kartoffeln in den Vereinigten Staaten gekauft worden.

Berlin stoppt die Flut alliierter Tausender

Das Berliner Stadtkontor hat die Einwechslung von alliierten Tausendmarktscheinen vorübergehend eingestellt. Bei Einzahlung größerer Geldbeträge von Stammkunden werden nur noch 50 vH der Summe in Tausendmarktscheinen angenommen. Begründet wird auf Maßnahme, die für sämtliche Sektoren Berlins gilt, damit, daß das Stadtkontor mit alliierten Tausendmarktscheinen überschwert wird. Eine Ungültigkeitserklärung der Scheine ist nicht beabsichtigt.

Holland gibt Rheinschiffe zurück

Die holländische Regierung hat der Rückführung der seit der Kapitulation in Holland befindlichen deutschen Schiffe zugestimmt. Ferner hat die französische Militärregierung sich bereit erklärt, für die beschlagnahmten deutschen Schiffe in der französischen Zone eine Entschädigung für entgangene Nutznießung zu zahlen.

Broterversorgung in der britischen Zone kritisch

Die Broterversorgung in den Großstädten des Ruhrgebietes ist erneut kritisch geworden. Von den Bäckereien bilden sich schon in den frühen Morgenstunden lange Käuferlangen. Auch in Hannover hat sich die Broterversorgung verschärft. Ministerpräsident Dr. Amalunx forderte, daß dem Zweizonen-Verwaltungsamt für Ernährung und Landwirtschaft sofort ein politisches Organ beigegeben werden müsse.



Humor ist ...

... wen man trotzdem lacht, sagt Wilhelm Busch. Und könnte man nicht beim Überlegen dieser kleinen Weisheit glauben, dieses „trotzdem“ sei eigens für unser Zeitalter gemünzt?

Bessere Gemüseversorgung der Bevölkerung

Wiederbelebung der O. A. G. / Wo blieb das 1946er Gemüse?

Am vergangenen Sonntag fand im Gasthaus „Meyerhof“ eine ordentliche Generalversammlung der Obst- und Gemüseproduzentenvereine statt.

Aus der Arbeit der Imker

Der Bienenzuchtverein Baden-Baden einschließt die Orte Hausenberstein, Sandweier, Sinzheim, Schiffling und Söllingen bewirtschaftet seit Jahren 1800 Bienenvölker.

Diese Bienenvölkerverluste bedeuten eine sehr große Gefahr für unseren Samen- und Obstbau. Die wichtige Rolle der Bienen bei der Samen- und Fruchtbildung dürfte bestimmt von niemandem mehr angezweifelt werden.

So werden auch die Imker des Bienenzuchtvereins Baden-Baden alles tun, um den Aufbau unserer so schwer darniederliegenden Bienenzucht zu fördern.

Jazz-Matinée

Jo K. Weber kam mit seinem Schaurchester von Karlsruhe nach Baden-Baden, um den Baden-Badern in einer Matinée eine Einführung in die den Deutschen noch sehr fremde Jazzmusik zu geben.

Wenn René E. Wegmann, der mit liebenswürdigen Worten, leicht improvisierend, die Jazz verständlich zu machen versuchte, zu Beginn der zweiwöchigen Veranstaltung sagte, man wolle durch eine bewußte Abwechslung von rein rhythmischen Stücken und solchen mit einer durchgehenden Melodie alle Besucher ansprechen, so war das der beste Weg, den die Jazzband wählen konnte, um Freunde zu gewinnen.

Werner Christ spielte mit seiner Swing Fife, eingebaut in das Jazzprogramm Webers, einige kleine Melodien, von denen Ti-Pi-Tin die bekannteste war.

führt und nach Weisung der Genossenschaft an die Kleinhandlärer verteilt. Den Gärtnern und Gemüsebauern sollen durch einen besonderen Ausschuss den jeweiligen Möglichkeiten entsprechend Kontingente auferlegt werden, deren Erfüllung durch vernünftige und individuelle Maßstäbe gewährleistet sein soll.

In der anschließenden Diskussion wurden teilweise recht skeptische Stimmen laut, die glaubten, daß sich die Zustände von 1946 wiederholen könnten.

Den Abschluß der äußerst aufschlußreichen und bewegten Versammlung bildeten interne Fragen der Obstbauer wie Schädlingsbekämpfung, die Beschaffung von Düngemitteln und ähnlichen Dingen.

Wüstensand über Baden-Baden

Eine recht ungewöhnliche Naturerscheinung wurde am vergangenen Samstag etwa gegen 7 Uhr in der Frühe beobachtet. Durch die aufgehende Sonne angestrahlt hatte der Himmel eine schwefelgelbe Färbung angenommen, die sich binnen weniger Minuten zu lebhaftem rot verfärbte.

Festkonzert im Kurhaus

Die öffentlichen Sinfoniekonzerte, die das Große Orchester des Südwestfunks seit einem Jahr auch als Rundfunkkonzerte spielt, sind in des Wortes wahrster Bedeutung Veranstaltungen von Weltgeltung geworden.

Das Programm begann mit dem vielgelaugten und erfolgreichen Adagio für Streichorchester des 1916 geborenen Amerikaners Samuel Barber, der in Deutschland besonders durch Kammermusik aufgefällt ist.

Neben diesen beiden Erstaufführungen bot das in glänzender Form befindliche Orchester noch Musorgskys Konzertfantasie „Eine Nacht auf dem kahlen Berge“ und Ouvertüre „Der Korsar“ von Hector Berlioz.

Wir gratulieren — Frä. Henriette Walbinger, Lichtentaler Allee 11, feiert heute ihren 70. Geburtstag.

Dienstjubiläum — Am 3. 4. 1947 begeht der Aufnehmer-Vorarbeiter Karl Frank sein 40-jähriges Dienstjubiläum und Werkmeister Josef Strauch am 4. 4. 1947 sein 25-jähriges Dienstjubiläum bei den Stadtwerken Baden-Baden.

„Die guten Willens sind“ — Unter diesem Titel sendet der Südwestfunk am Donnerstag, den 3. April 1947 von 20.15 bis 21.15 Uhr eine Hörfolge, in deren Verlauf Gesänge pazifistischen Charakters, negro spirituals, in der Emigration entstandene Chansons, Chöre aus Konzentrationslagern, sowie Texte von Oscar Wilde, Kurt Tucholsky, Erich Kästner u. a. zu Gehör gebracht werden.

Die im amtlichen Teil dieser Ausgabe erneut bekanntgegebenen Strafen bei Überschreitung der Gas- und Strom-Höchstverbrauchsmenge sind für alle Abnehmer eine dringende Mahnung. Darum lautet die Parole:

Schütze Dich vor hoher Strafe durch strikte Einhaltung der Höchstverbrauchs-Sätze!

Theaternachrichten — In den Kammerspielen im Kleinen Bühnensaal findet heute Abend die 7. Wiederholung von Molières klassischer Komödie „Die gelehrten Frauen“ statt.

Das Osterprogramm im Kleinen Theater: Ostermontag, den 6. April, 15.00 Uhr, „Ingeborg“, um 21.00 Uhr, „Meine Nichte Susanne“.

Die Intendanz weist darauf hin, daß die Abendvorstellungen von „Meine Nichte Susanne“ jeweils erst um 21.00 Uhr beginnen.

Eindrücke bei der „Südwestfunk“-Geburtstagsfeier

BADEN-BADEN — Da haben die Presseleute vom „Südwestfunk“ eine gute Arbeit getan. Sie haben zum einjährigen Bestandsjubiläum ihres Hauses die erste Nummer der „FUNK-WELT“ — Die Illustrierte des Hörers“ herausgebracht.

Auftrag zur Geburtstagsfeier in den Atrienlichtspielen: Lokalpremiere des ersten deutschen Nachkriegsfilms „Die Mörder sind unter uns“.

saal des Kurhauses: Auf engem Raum ist viel Prominenz versammelt. General Arnold, Chef der Section de l'Information, würdigt in einer Ansprache die innerhalb eines Jahres geleistete Aufbau- und Sendearbeit im „Südwestfunk“.

Auch die Nichtfachleute wandeln langsam und interessiert die Expositionen entlang. Staunend verfolgen sie, was Photos, Texte und Statistiken über den Werdegang des Radios im allgemeinen und den „Südwestfunk“ im besonderen künden.

Beim Presseempfang im Hotel „Gretel“ sitzen die Nachrichtenmänner aus der französischen Zone. Commandant Hirn spricht zu ihnen von den Schwierigkeiten, die die Leute des „Südwestfunks“ während ihres ersten Bau- und Sendejahres überwunden haben.

Namen nach überhaupt kennen? Und ein Adagio als Introitus zu einem festlichen Sinfoniekonzert? Dr. Hans Schmidt-Isserstedt auf Podium, strafft sich, hebt den Taktstock — und erbaute aus dem Orchester ein Adagio, daß einem der Atem stockt.

Und schließlich bei der Bunten Abend-Sendung Geburtstagsgrüße im Kursaal: bummvoll! Man will eben einmal die vor dem Mikrofon sehenden Stimmen man bisher nur aus dem Äther hören: Ilse Werner, Lale Andersen, Margot Heibach, Evelyn Künneke, Magda Hahn, Werner Jochmann, die Geschwister Griffl, Dr. Alexander Seimer, Conny Fischer und sein Orchester und wie sie alle heißen, deren Namen auf zwei Programmseiten verzeichnet sind.

Festkonzert-Sendung im Kurhaus: — Merkwürdig! Das Programm, das man in Händen hält, hat gar kein festliches Gesicht in althergebrachter deutscher Tradition. Samuel Barber, geboren 1910 steht mit einem Adagio für Streichorchester an erster Stelle. Wieviele mögen im Konzertsaal sein, die je etwas von Barber gehört haben, ja ihn den

bildlich klar und ohne sentimentale Melancholie vorgetragen wurde. Einen ausgezeichneten Eindruck hinterließ auch der Gastdirigent Dr. Hans Schmidt-Isserstedt, der zum erstenmal am Pult des Südwestfunks erschien.

Der Schlüssel zum Märchen

Eine unserer besten Märchenzählerinnen, Frau Arnold, sprach im Frauenring über die Bedeutung des Märchens, seine Auslegung und seine Wirkung als Erziehungsmittel.

Die Erzählerin brachte zu Beginn der Märchenstunde zwei Märchen, den „Fundevoegel“ und „Jorinde und Joringel“, die sie so zart, innerlich und mit gleichbleibender Stimme (ohne auch nur vorübergehend monoton zu werden) erzählte, daß ihre erwachsene Zuhörerschaft ganz in den Bann der Märchenwelt geriet.

An diese bewußt geschaffene „Märchenstimmung“ knüpfte Frau Arnold an, um Erklärungen über Sinn und Zweck des Märchens zu geben. Daß das Märchen im Laufe der letzten Jahre immer mehr in den Hintergrund gestellt, ja teilweise mit einem verächtlichen Lächeln als nicht mehr in unsere Zeit gehörig abgetan wurde, darf nicht mit der Realität heutigen Geschehens entschuldigt werden.

Kammersänger Prof. Johannes Willy gestorben

Ein plötzlicher Tod nahm den bekannten und in der ganzen Musikwelt geschätzten Kammersänger, Prof. Johannes Willy vor einigen Tagen aus dem Leben fort. Eine der schönsten und edelsten Baßstimmen ist für immer mit ihm verklungen.

In den letzten Jahren an den Musikhochschulen in Stuttgart und Karlsruhe tätig, galt jeder Atemzug seines Lebens der Musik, der er als ein wahrhaft Gottbegnadeter angehörte. Sein Tod bedeutet für die gesamte Musikwelt einen unersetzlichen Verlust.

Standesamtliche Nachrichten

Geburten: Erika Degler, B.-Baden, Ibachweg 2; Margarete Vollmer, Fremersbergstr. 58; Hansjörg Herr, Lichtentaler Str. 9; Elisabeth Kirschbaum, Querstr. 2; Eva Nesselhauf, Schwarzwaldstr. 185; Klaus Schwarz, Merkurstr. 6; Fidel Benz, Ebersteinburg, Langestr. 41; Helmut Schindler, B.-Baden, Geroldsauestr. 160; Irmgard Jöcher, Blütenstr. 11; Sylvia Restle, Seibach, Hauptstr. 81; Norbert Aschinger, B.-Baden, Hölleng. 1; Maria-Luise Isenmann, Sandweier, Römerstr. 35; Thomas Jörg, B.-Baden, Karlstr. 1a; Matthias Glücker, Lange Straße 139; Gisela Huck, Varnhalt, Hauptstr. 203; Holger Friedmann, B.-Baden, Ludw.-Wilh.-Pl. 11; Sterbefälle: Heinz Ernst Müller (gefallen) (21 Jahre), Baden-Baden, Bernhardstraße 22; Karl Wilhelm Strobel (gefallen) (37 J.), Lange Straße 22; Anna Maria Horning, geb. Meier (68 J.), Rheinstr. 103; Rudolf Sommer (76 J.), Lange Straße 16; Sabina Eckstein, geb. Braun (86 J.), Luisenstr. 28; Lydia Stern, geb. Bechtold (47 J.), Schuffbachstr. 28; Elisabeth Bleich (85 J.), Geroldsauestr. 7; Stephan Schulz (gefallen) (53 J.), Hauptstr. 25; Klara Ams, Seelachstr. 13; Rosa Herrmann (64 J.), Sinzheim, Vintziushaus; Luise Rinninsland (75 J.), B.-Baden, Du Russelstr. 3; Edmund von Rzhina (75 J.), Scheibensstraße 12; Robert Wilhelm Bräunlich (gefallen) (45 J.), B.-Baden, Waldseestr. 28; Emil Schneider (64 J.), Fürstenbergallee 60; Auguste Elisabeth Händel, geb. Kamm (76 J.), Eberstr. 17; Maria Anna Zeitvogel, geb. Friedmann (75 J.), Kuppenheimerstr. 24; Anneliese Emilie Huck (20 J.), Bildeiche 3; Johanna Ell, geb. Kist (62 J.), Rheinstr. 31; Hironimus Schindler (84 J.), Geroldsauestr. 104; Friedrich Steinel (gefallen) (40 J.), Stephaniensstraße 26; Otto Seitz (gefallen) (52 J.), Hauptstr. 89; Philipp Theobald Sommer (71 J.), Gartenstr. 23; Marie Sophie Graser, geb. Kurz (91 J.), Lange Straße 78; Natalina Fleig, geb. Licari (30 J.), Lahr, Werderstr. 50; Johanne Henriette Suhr, geb. Meier (91 J.), Baden-Baden, Ludw.-Wilh.-Str. 14; Maria Frank, geb. Kiefer (63 J.), Traubenstr. 1; Konrad Josef Naumann (77 J.), Oos, Burgstraße 14; Johannes Schulmeister (70 J.), Horhalderg. 1.

Verantwortlich f. d. Schriftleitung Dr. R. F. ... Anzeigenteil: Anni Garling — Bühler Gesch... Hauptstr. 80. Ad... rnas Geschäftsstelle: Hau... 12.

